



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Heiner Garg (FDP)

und Antwort

der Landesregierung – Minister und Chef der Staatskanzlei

Mitwirkung der Landesregierung am Austausch "Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen" von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden

Vorbemerkung des Fragestellers:

Der Paritätische Gesamtverband hat am 16. April 2026 das Dokument „Drohender Kahlschlag im Sozialen“ veröffentlicht.¹ Darin wird auf ein internes Vorschlagsbuch mit dem Titel „Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen“ einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe Bezug genommen, das auf den 25. März 2026 datiert ist und als Arbeitsgrundlage für ein nicht öffentliches Treffen am selben Tag gedient haben soll.² Die darin zusammengestellten Reformvorschläge zur Kostenreduzierung betreffen drei Regelungsbereiche: Kinder- und Jugendhilfe, Eingliederungshilfe sowie Unterhaltsvorschussgesetz.

1. Hat die Landesregierung Kenntnis von der Arbeitsgruppe zum Thema „Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen“ von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden?

Antwort:

Ja.

¹ Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., 16. April 2026, „Drohender Kahlschlag im Sozialen“, abgerufen am 04. Mai 2026 unter: https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/paritaetischer_drohender-kahlschlag-2026.pdf

² Vgl. ebd., S. 13 - 121

2. Wenn Frage 1 mit ja beantwortet, seit wann hat die Landesregierung Kenntnis von dieser Arbeitsgruppe, welche Akteurinnen und Akteure waren an der Einsetzung beteiligt und welchen Auftrag beziehungsweise welche Zielsetzung verfolgt die Arbeitsgruppe unter Berücksichtigung welcher Meilensteinplanung?

Antwort:

Die Abstimmung zur Einsetzung einer Arbeitsgruppe erfolgte im Januar 2026, wobei deren Einsetzung nicht formal beschlossen wurde. Sie ist das Ergebnis eines Meinungsbildungsprozesses zwischen Bund und Ländern, insbesondere auf Ebene der Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien.

Der Chef der Staatskanzlei hält es vor dem Hintergrund der dynamischen Belastungswirkungen bei den Sozialausgaben für dringend geboten, systematisch die dieser Entwicklung zugrunde liegende Gesetzgebung zu betrachten und eine diesbezügliche Bestandsaufnahme mit ersten Reformvorschlägen zu erstellen. Die Gespräche auf Ebene von Bund und Ländern mit den Spitzen der kommunalen Ebene haben die Dringlichkeit einer solchen systematischen Betrachtung ebenfalls unterstrichen.

3. Wenn Frage 1 mit ja beantwortet, welche Bundesministerien, Bundesländer, kommunalen Spitzenverbände und sonstige Beteiligten waren beziehungsweise sind nach Kenntnis der Landesregierung an dieser Arbeitsgruppe beteiligt?

Antwort:

Nach Kenntnis der Staatskanzlei wirken in der Arbeitsgruppe, neben dem Bundeskanzleramt, das Bundesministerium der Finanzen, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit. Seitens der Länder wirken nach Kenntnis der Landesregierung Hamburg, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz (A-Länder) sowie Bayern, Nordrhein-Westfalen und Sachsen (B-Länder) mit. Darüber hinaus sind nach Kenntnis der Landesregierung die Kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund) beteiligt.

4. Wenn Frage 1 mit ja beantwortet, welche Landesressorts des Landes Schleswig-Holstein waren beziehungsweise sind an Arbeitstreffen oder anderen Austauschformaten dieser Arbeitsgruppe beteiligt? Bitte um Auflistung mit Datums- und Ortsangabe, Beratungsgegenstand des jeweiligen Arbeitstreffens beziehungsweise Austauschformats sowie teilnehmenden Landesressorts.

Antwort:

Die Arbeitsgruppe arbeitet eigenverantwortlich. Das Land Schleswig-Holstein ist an der Arbeitsgruppe nicht unmittelbar beteiligt. Gleichwohl erfolgt im Rahmen der informellen regelmäßigen Austausche, wie üblich, eine Information

zum Arbeitsstand sowie zum Verfahren. Insofern unterscheidet sich das hier gewählte Verfahren in keiner Weise von vergleichbaren Vorgehen in anderen Angelegenheiten.

5. Wenn Frage 1 mit ja beantwortet, welche Abstimmungsprozesse haben innerhalb der Landesregierung im Zusammenhang mit dieser Arbeitsgruppe beziehungsweise diesem Austauschformat zu welchem Zeitpunkt und mit welchem Ergebnis stattgefunden? Bitte detailliert erläutern.

Antwort:

Die Staatskanzlei geht davon aus, dass die Arbeitsgruppe eine Diskussionsgrundlage für weitere Beratungen erstellt. Die Landesregierung ist der Auffassung, dass Vorschläge, die die Arbeitsgruppe nach Abschluss ihrer Arbeit unterbreitet, sowohl innerhalb der Landesregierung als auch im Gesamtländerkreis im Rahmen der üblichen Beratungs- und Entscheidungswege zu erörtern und zu bewerten sind. Da bislang keine abschließende Vorlage erstellt wurde, hat bislang auch kein gesonderter Austausch innerhalb der Landesregierung stattgefunden.

6. Wenn Frage 1 mit ja beantwortet, welche Vorschläge, Positionierungen, Prüfbitten oder sonstigen Beiträge hat die Landesregierung mit welchen Ergebnissen in den Arbeitsprozess dieser Arbeitsgruppe beziehungsweise dieses Austauschformats eingebracht? Bitte im Einzelnen erläutern.

Antwort:

Siehe Antwort auf Frage 5. Die Staatskanzlei hat als generelle Haltung eingebracht, dass möglichst alle Leistungsgesetze Gegenstand der Betrachtungen und der Bestandsaufnahme werden, da diese eine Vielzahl von Verflechtungen aufweisen. Reformbemühungen an einer Stelle haben daher meist auch Rückwirkungen an anderer Stelle, die es im Gesamtzusammenhang zu betrachten gilt.

7. Hat die Landesregierung Kenntnis vom Vorschlagsbuch zum Austausch "Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen" (Stand: 25.3.2026)? Wenn ja, seit wann und welchen Zweck erfüllt das Vorschlagsbuch nach Kenntnis der Landesregierung (z.B. Sammlung vorab eingereichter Positionen oder Ausdruck einer bereits geführten Diskussion)?

Antwort:

Ja, der Chef der Staatskanzlei hat seit 17.04.2026 Kenntnis. Die Staatskanzlei begrüßt die Entwicklung des sog. Vorschlagsbuchs als strukturierte Sammlung von Vorschlägen, das als Diskussionsgrundlage für die weiteren Abstimmungen im Bund-Länder-Kreis dient. Natürlich ist es Ausdruck von Diskussionen innerhalb der Arbeitsgruppe.

8. Welche Haltung vertritt die Landesregierung in Bezug auf die zusammengestellten Reformvorschläge? Bitte um Bewertung der jeweiligen Vorschläge.

Antwort:

Der Meinungsbildungsprozess ist noch nicht abgeschlossen.